

Am Ausgangspunkt von Stamokap – 40 Jahre Hamburger Strategiepapier

von Thilo Scholle und Jan Schwarz



Foto: www.photocase.de, © stieffne

Mit dem „Hamburger Strategiepapier“ feiert eines der wichtigsten programmatischen Dokumente der Juso-Geschichte in diesem Jahr seinen 40. Geburtstag. Hintergrund war die bald nach der Linkswende von 1969 beginnende Theoriedebatte im Verband. Schnell wurde klar, dass neben einem gemeinsamen Grundverständnis von den Jusos als linker Kraft innerhalb und außerhalb der SPD deutliche Unterschiede in politischer Analyse und daraus abgeleiteten tagespolitischen Forderungen bestanden. Trotzdem fällt ein Blick zurück nicht leicht: Zu beachten sind sowohl der allgemeine politische und gesellschaftliche Kontext der Debatten, als auch die Hintergründe der konkreten verbandsinternen Auseinandersetzungen mit ihren auf innerverbandliche Durchsetzung und innerverbandliche Auseinandersetzungen bezogenen Facetten.

Die theoretische Debatte bei den Jusos am Anfang der 1970er Jahre

Im Mittelpunkt der Diskussion stand dabei die Auseinandersetzung zwischen revisionis-

tischen Politikkonzepten und an der „Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus“ (Stamokap) orientierten politischen Analysen. Anhand dieser inhaltlichen Kontroversen bildeten sich unterschiedliche Strömungen im Verband heraus, die in der Folgezeit nicht nur theoretische Debatten im Verband führten, sondern auch (und manchmal vielleicht zu viel) Personalpolitik im Verband organisierten.

Die theoretischen Auseinandersetzungen traten erstmals pointiert auf dem Hannoveraner Strategiekongress der Jusos von 1971 hervor, auf dem vor allem Grundsätze der ökonomischen Analyse festgelegt werden sollten. Das „Hamburger Strategiepapier“ wurde in der Folge das programmatische Gründungsdokument der sich an der Theorie des Stamokap orientierenden Strömungen. Obwohl es seitdem viele gravierende Veränderungen auf allen Ebenen der Gesellschaft, in der Partei und im Verband gegeben hat, kann zumindest eine Strömung über die Jahre hinweg auf gewisse inhaltliche und personelle Kontinuitäten zurückblicken: Das Netzwerk linkes Zentrum

(NWLZ) sieht sich hier in der Tradition des Hanoveraner Kreises (HK) und der Juso-Linken.

Eine umfassende Bestandsaufnahme, welche Anknüpfungspunkte sich auch heute noch ergeben, kann und will der vorliegende Artikel nicht leisten. Zumindest einen Teil dieser Aufgabe könnte jedoch eine kleine „Festschrift“ leisten, die von den heute Aktiven der Strömung im Laufe des Jahres herausgebracht werden soll.

Dabei wollen wir nicht den Eindruck erwecken, als gäbe es in den Theoriedebatten innerhalb der Strömung so etwas wie eine nahtlos aneinander anschließende Entwicklung unterschiedlicher Theoriestränge. Im Gegenteil, wir wollen auch Brüche und entscheidende theoretische Weiterentwicklungen in der Programmatik mit in den Blick nehmen, und nachprüfen, an welche Elemente unseres programmatischen und theoretischen Erbes sich auch heute noch politisch anschließen lässt.

Auch wenn die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus heute nicht mehr so vertreten werden kann wie noch in den 1970er Jahren, so finden sich doch nach wie vor inhaltliche Anknüpfungspunkte. Geblieben ist beispielsweise ein auf Marx zurückgehendes politisches Grundverständnis, in dem Theorie immer verstanden wird als das permanente Bemühen, ein aktuelles Verständnis von gesellschaftlichen Bewegungen und Funktionsweisen zu erlangen, um dies in politische Praxis umzusetzen. Ausgangspunkt bleibt zudem – anders als bei vielen anderen aktuellen linken Theorieangeboten – die Betrachtung von Wirtschaftsstrukturen und ihrer Verknüpfung mit staatlicher Regulierung und gesellschaftlichen Einflussmechanismen.

Das Hamburger Strategiepapier

Ausgangspunkt des Papiers ist eine Analyse der Situation in Deutschland Anfang der 70er Jahre, deren Beschreibung heute keine Rol-

le mehr spielt, da sich die ökonomische Basis seitdem gravierend verändert hat. Spannend sind aber nach wie vor die theoretischen Hintergründe, die erwarteten Veränderungen im kapitalistischen System, und die beschriebenen Ansatzpunkte einer politischen Strategie und der Bezug zur SPD.

Am Beginn des Papiers wird die auch heute noch entscheidende Frage gestellt – „wie sind die Machtstrukturen in unserer Gesellschaft“ – und auch gleich beantwortet: „Die Struktur der ökonomischen Basis der hochentwickelten kapitalistischen Ländern wird mehr und mehr durch den umfassenden Einfluss der industriellen Großkonzerne bestimmt.“¹ Um dies zu belegen, werden mit ausführlichem Zahlenmaterial die zunehmende Zentralisierung des Kapitals und der damit verbundenen politischen Macht und die Realisierung des Monopolgewinns mit Hilfe des Staates beschrieben. Damit folgt ein Anwachsen der Gruppe der abhängig Beschäftigten, die unter Reallohnverlusten leiden. Mit den aufkommenden Krisen nach dem Wirtschaftswunder und der sich beschleunigenden technologischen Entwicklung nimmt die Kapitalkonzentration zu und der Staat übernimmt zunehmend die Kosten für Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Ausbildung, aber auch direkte Zahlungen an Unternehmen und Eingriffe in die Verteilung wie zum Beispiel bei Sozialversicherungen.

Die Erklärung dieser Entwicklungen bestimmte den Streit innerhalb der Jusos. Besteht überhaupt ein Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und staatlichem Handeln und wenn ja, wie überträgt sich das Produktionsverhältnis in den gesellschaftlichen Überbau. Im „Hamburger Strategiepapier“ wird klar betont, dass die momentane Situation und die zukünftigen Entwicklungen das Ergebnis des Klassenkampfes ist. Somit wird im „Hamburger Strategiepapier“ die

¹ Hamburger Strategiepapier, Abgedruckt in: Der Thesenstreit um Starmokap, rororo, 1971, S. 59.

Funktion des Staates historisch entwickelt und auf den Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung von Produktionsmitteln bezogen. Der daraus gezogene Schluss ist, dass der Staat zunehmend in die Wirtschaft eingreift und als ideeller Gesamtkapitalist wirkt.

Das Papier im Wandel der Zeit

In den letzten Jahrzehnten ist diese Interpretation der Gesellschaft fast in Vergessenheit geraten. Mit der Weltfinanzkrise der letzten Jahre wurde aber die Verknüpfung von staatlichem Handeln mit den Interessen der Wirtschaft – beispielsweise im Kontext von Finanzmarktderegulierung und anschließender Bankenrettung – wieder verstärkt in den Blick genommen. „Sie (die Herrschaft des Kapitals; adA) unterliegt, vor allem in den Großbetrieben der monopolistischen Konzerne, der direkten Ausbeutung durch die Monopole und erfährt durch die kontinuierliche Intensivierung des Produktionsprozesses am unmittelbarsten die Verschärfung der internationalen Konkurrenz und die wachsenden Schwierigkeiten der Verwertung des Monopolkapitals. In den meisten kapitalistischen Ländern verschärfen sich daraufhin in den letzten Jahren die Klassenkämpfe auf allen gesellschaftlichen Ebenen.“²

Die Schlussfolgerungen des Papiers in Bezug auf den weiteren Verlauf gesellschaftlicher Kämpfe und die Perspektiven einer politischen und ökonomischen Transformation haben sich nicht erfüllt: Es ist nicht zum einen Erstarren der Arbeiterklasse gekommen, sondern die neoliberale Ideologie hat sich durchgesetzt und zu einer neuen Formation des Kapitalismus geführt. Die Machtverhältnisse haben sich verschoben und der Finanzmarktkapitalismus hat sich herausgebildet. Hier spiegelt sich im „Hamburger Strategiepapier“ der in der Linken lange vorherrschende Glaube wieder, der Kapitalismus gehe dem Ende entgegen. Die

Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus wird unterschätzt.

Ansatzpunkte der politischen Strategie

Als zentraler Ansatzpunkt zur Veränderung der Gesellschaft wird im „Hamburger Strategiepapier“ eine Demokratisierung aller Lebensbereiche gesehen. „Mehr Demokratie wagen“ muss deshalb für Sozialdemokraten bedeuten, in allen gesellschaftlichen Bereichen für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, die Verteidigung und die Ausweitung ihrer demokratischen Rechte und für die schrittweise Zurückdrängung und schließlich die Beseitigung der Monopole als entscheidende Voraussetzung für die Überwindung des kapitalistischen Systems.“³ Was dies genau bedeutet bleibt weitestgehend offen, konkret wird es nur bei der Sozialisierung der Schlüsselindustrien, danach folgt lediglich der Ansatz einer geplanten Wirtschaft unter Einbeziehung der Interessen der Mehrheit der Bevölkerung über Räte wird kurz skizziert. Hier setzt der einer der zentralen Kritikpunkte der Gegner des Stamokapflügels an, der Vorwurf war eine Orientierung an dem System der DDR und der damit verbundene Mangel an Demokratie.

Die Demokratisierung aller Lebensbereiche ist nach wie vor die Leitidee der Jusos. In den letzten Jahren hat es aber keine Diskussion mehr darüber gegeben, wie dies insbesondere in der Wirtschaft geschehen soll, diese Debatte entwickelt sich erst wieder.

Die Herausforderung ist aber klar benannt: „Zugleich wird deutlich, dass die sozialistische Demokratie nicht durch eine Summe von Teilreformen innerhalb des kapitalistischen Systems gebildet wird, sondern einen grundlegenden Bruch mit diesem darstellt, eine qualitativ neue und höhere Form der Gesellschaft.“⁴ Ein Ziel, dass in Folge des realexistie-

² A.a.O. S. 57.

³ A.a.O. S. 68.

⁴ A.a.O. S. 70.

renden Sozialismus und der Rückzugsgefechte der Beschäftigten aus dem Blickfeld geraten ist.

Der strategische Ansatz ist aber auch heute noch bedenkenswert. Über gemeinsam erämpfte Verbesserungen der Lebenssituation immer mehr Menschen dafür zu gewinnen, dass eine andere (und bessere) Gesellschaft erreicht werden kann. Dies kann nur über zielgerichtete Reformen geschehen. „Die Aktionsprogramme für diesen Bereich müssen einerseits die Möglichkeiten von Mobilisierung, Politisierung und Organisation der Betroffenen realistisch einschätzen, die zu bewältigenden Aufgaben benennen und den außerinstitutionellen Kampf verbinden mit der praktischen Arbeit in Partei und Institutionen. Zwischen inner- und außerinstitutioneller Arbeit wird dabei eine Wechselwirkung dergestalt bestehen, dass von beiden Bereichen gegenseitige Impulse ausgehen können, die insgesamt die politische Arbeit effektiver werden lässt als eine ausschließliche inner- und außerinstitutionelle Strategie.“⁵ Spannend sind auch die Bereiche, die in dem „Hamburger Strategiepapier“ für konkrete Aktionsprogramme nennen, die Kommunen, der Personenverkehr oder die Umweltzerstörung. Dies sind auch die Themen, die die aktuellen Diskussionen im Juso-Verband bestimmen.

Auch die Forderungen an die SPD muten sehr aktuell an. „Die Verhinderung einer erneuten CDU/CSU-Regierung kann allerdings nicht bedeuten, auf eine konsequente Interessenvertretung der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend sowie auf die Austragung der damit verbundenen Konflikte in Partei und Gesellschaft zu verzichten. Im Gegenteil – allein wenn die SPD sich diese konsequente Interessenvertretung wieder zum bestimmenden Ziel ihrer politischen Arbeit macht, wird auch ihr Kampf um parlamentarische Mehrheiten Erfolge haben.“⁶ Diese Auseinandersetzung

führen die Jusos nach wie vor in der SPD, einer Partei deren Regierungshandeln vor allem mit dem Argument der Alternativlosigkeit begründet wurde.

Was bleibt?

Böse Zungen könnten behaupten, dass sich gerade in der aktuellen Finanzkrise manches Element der Stamokap-Theorie bewahrheitet. Offensichtlich ist, dass die Funktion von Staatlichkeit nur im Zusammenhang mit der ökonomischen Struktur einer Gesellschaft gedacht werden kann. Den Staat hier nicht als gewissermaßen neutral außerhalb ökonomischer und gesellschaftlicher Bezüge stehende Struktur, sondern als Teil dieser Strukturen zu sehen, ist nach wie vor ein wichtiger Ansatzpunkt.

Auch die Tendenz im Kapitalismus zur Herausbildung von Monopolen lässt sich kaum bestreiten – ein Blick in verschiedene Branchen wie die Informationstechnologie oder den Energiesektor mag hier genügen.

Und noch etwas: Trotz der Tendenz zur formalen Entstaatlichung im Zuge des Neoliberalismus der letzten Jahre hat sich gerade in der Krise doch der enge Zusammenhang von staatlichem Handeln und wirtschaftlichen Interessen gezeigt.

Das aktuelle Paradigma eines finanzmarktgetriebenen Kapitalismus auch aus dieser Perspektive zu lesen, könnte weiterhin interessant sein. ■

↳ Thilo Scholle, lebt in Lünen und ist Mitglied der spw-Redaktion.

↳ Jan Schwarz, lebt in Weyhausen und ist stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender

5 A.a.O.S.77.

6 A.a.O.S.75.